



Ethische Evolution oder Devolution? Wir haben die Wahl ...

34 Schritte / Forderungen für den Gesellschaftswandel Das Parteiprogramm der Ethikpartei

Weltweiter Aufruf zur Bildung einer umfassenden Strukturveränderung und eines demokratischen und föderalistischen Weltstaatenbundes!

Erneuert am 13. April 2009 – © www.ethikpartei.ch

Vorwort: Es gibt zwei Varianten der Globalisierung:

- Die erste Variante der Globalisierung ist die heutige, uns allzu bekannte fusionierte, zentralistische Globalisierung, die in einen weltweiten totalitären feudalistisch-faschistischen Überwachungsstaat und in dem Verlust der Freiheit mündet.
- Die zweite, bessere Variante der Globalisierung wäre dann die «weltweite Verbreitung» eines direkt-demokratischen, freiheitlichen Föderalismus mit einer grösstmöglichen Unabhängigkeit, Selbstversorgung und neutralen Selbstverwaltung der Länder, der Regionen, der Gemeinden und Dörfer, wie es uns **Mahatma Gandhi** gelehrt hat und auch der Schweizer Nationalheilige Bruder **Niklaus von der Flüe** mit den Worten: «Machet den Zaun nicht zu weit» und «Mischt Euch nicht in fremde Händel».

Wie wir diese zweite Variante eines weltweiten, gewaltlosen und beständigen Föderalismus bewerkstelligen können, möchten wir in diesem Parteiprogramm der **Ethikpartei** untersuchen:

Einleitung:

Wir sind einfache, jedoch wache Weltenbürger, die sich seit längerer Zeit mit der Entwicklung der Menschen auseinandersetzen. Wir sehen viele gute Ansätze, die zu einer menschenfreundlichen Entwicklung führen könnten, jedoch vom bestehenden System abgeblockt und verwässert werden!

Leider stellen wir fest, dass unser jetziges, alles verschlingende Geld- und Wirtschaftssystem 90% der weltweiten Leistungen und Ressourcen zu Gunsten der Reichen 10% dieser Erde umverteilt! Geldsystem, Gesetze und Politik werden entgegen ihrer eigentlichen Aufgabe vermehrt eingesetzt, um einen kleinen Teil der oberen Liga zu bereichern und zu Alleinherrschern über den Rest der Menschheit und natürlicher Ressourcen zu machen. Regierungen wie auch Völker werden unter einer Schein-Demokratie eingebunden, versklavt und ihrer gesetzlichen Aufgabe entledigt. Schein-Demokratie deshalb, weil das Banken- und Geldsystem, das überall exponentiell vergrößernde Schuldenberge verursacht, nicht eingebunden ist.

Das sind Zustände, die wir nicht mehr länger dulden wollen! Deshalb und aus vielen anderen, hier nicht aufgeführten Gründen, fordern wir Staatengemeinschaften, Regierungen, Politiker und alle Erdenbürger auf, Verantwortung gegenüber der Schöpfung zu übernehmen und sich so schnell wie möglich mit der Bildung und Realisierung einer (wie unten definierten) Weltgemeinschaft und eines demokratischen und föderalistischen Weltstaatenbundes zu befassen!

Diese Vorgaben dienen in erster Linie als Grundlage, an denen sich das neue System orientieren soll. Sie zeigen uns einen Weg, das angebrochene Jahrtausend in ein vernünftiges, menschen- und naturgerechtes Miteinander zu führen! Das sind wir unseren Kindern wie auch den nachfolgenden Generationen schuldig: **Eine echte Demokratie und eine echte Weltgemeinschaft für Alle!**

34 Schritte / Forderungen für den Gesellschaftswandel

Weitergehende Erläuterungen befinden auf der Webseite: www.ethikpartei.ch / [.de](http://www.ethikpartei.de)
z.B. im politischen oder im spirituellem Manifest der Ethikpartei

Diese Leitsätze sollen allen Regierungen und Menschen der Erde zugestellt werden, um in demokratischer Weise und unter Aufsicht zur Abstimmung zu gelangen! Aufgabe der Regierungen und Medien ist es, eine neutrale Botschaft über dieses Vorhaben zu verbreiten:

Menschenrechte, Werte-Erhaltung, Sicherheit:

1. Ergänzung der bestehenden Menschenrechte, sowie Förderung der Werte-Erhaltung, der sozialen Errungenschaften und der Friedensprozesse. Abschaffung der Todesstrafe. Ein Verbot von Abtreibung und aktiver Sterbehilfe (Euthanasie). Keine Menschenversuche in Gentechlabors. Embryonenforschung und das Klonen von Menschen wird verboten. Diese zusätzlichen Menschenrechte werden in der UNO-Menschenrechtskonvention verankert. Die Menschenrechte gelten von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod:

1.1. Jeder Mensch - ohne Unterschied von Alter, Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, körperlicher und geistiger Fähigkeit, Sprache, Religion, politischer Anschauung, nationaler und sozialer Herkunft - besitzt eine unveräußerliche und unantastbare Würde.

1.2. Alle, der Einzelne wie der Staat, sind deshalb verpflichtet, diese Würde zu achten und ihren wirksamen Schutz zu garantieren. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.

1.3. Kein Mensch hat das Recht, einen anderen Menschen – in welcher Form auch immer – zu bestehlen oder sich an dessen Eigentum oder am Gemeinschaftseigentum zu vergreifen. Umgekehrt hat aber auch kein Mensch das Recht, sein Eigentum ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Erde zu gebrauchen.

2. Schaffung einer ständigen Ethik-, Zukunft- und Kulturkommission auf UNO- Ebene (siehe Punkt 27); befasst sich mit den Menschenrechts-, Weltfriedens-, Gesellschafts-, Wissenschaft-, Bildungs- und Umweltfragen. Das Problem der Überbevölkerung soll hier auf einer humanen Weise angegangen werden; eine der wirksamsten Methoden langfristig ist, dass alle Länder sich verpflichten, für ihre Einwohner eine sichere, kinderunabhängige Altersversorgung zu garantieren. Auch eine dezentrale Kranken- und Erwerbslosenversicherung soll in allen Staaten obligatorisch werden.

3. Verbot sämtlicher Militärbündnisse mit Angriffscharakter (z.B. NATO) und der privaten Söldnerheere. Abbau und saubere Entsorgung jeglicher Massenvernichtungswaffen, insbesondere ABC- Waffen (Atomar, Chemisch, Biologisch), Frequenzwaffen und bewusstseinsschädigende bzw. bewusstseinsmanipulierende Waffen (HAARP-Projekt usw.). Ebenso muss das atmosphärische Besprühen mit Chemtrails und das Anwenden von Klima- und Nanotechnologiewaffen unterbunden werden. Jede Nation hat nur eine Verteidigungsarmee auf Milizbasis.

11. Schrittweise Harmonisierung der Einkommen und Währungen weltweit, damit das Verlagern der Produktionen aus den lokalen Wirtschaftsbereichen uninteressant wird. Deshalb werden die Bretton-Woods Institute IWF und Weltbank der UNO- Gesetzgebung und Kontrolle unterstellt, um so der Weltmacht USA die Vorherrschaft im Finanzwesen zu entziehen. Ebenso ist eine, vom IWF geführte, neutrale Welthandelswährung einzuführen, um auch beim internationalen Handel die Vorherrschaft einer Landeswährung (\$) als Leitwährung zu brechen. In den übrigen Bereichen sind die National- und Lokalwährungen beizubehalten.

12. Gemeinschaftliches Erstellen von verbindlichen Richtlinien für fairen Handel. Handelsregeln, werden nicht mehr auf Basis eines erzwungenen sogenannten „Freihandels“ fussen (Auflösung der WTO, GATS und Trips- Abkommen), sondern weltweit über die UNO- Unterorganisation UNCTAD erarbeitet und vom Weltparlament beschlossen, welche kleinräumige, autonome und autarke Einheiten bevorzugen.

13. Anhand des von der **Human-Wirtschafts-Akademie** (siehe Punkt 27) verbreiteten gandhischen Demokratiedenkens wird weltweit eine kleinräumige und regional ausgerichtete Wirtschaft gegen Machtballung und Störanfälligkeit zentralistischer Systeme gefördert. Da die Arbeitsplätze, Produktion und Konsumenten in der Dezentrale näher beieinander sind, braucht es weniger Transportaufwand; dadurch ist das Ganze übersichtlicher, korruptionsfreier, nachhaltiger, ökologisch vertretbarer und krisensicherer. Selbstbestimmungsrecht und Ernährungssouveränität der Völker und Nationen dürfen nicht durch Zollabbau oder Beseitigung von Importschranken beseitigt werden. Es braucht eigenständige Wirtschaftsbereiche, die miteinander handeln und kommunizieren können. Beim Verstoß gegen gemeinsam definierte Abmachungen gilt das Sanktionsrecht der Weltgemeinschaft, das vom Verweis über Busse (Konventionalstrafe) bis zum Boykott eines Produkts, des fehlbaren Betriebes / Kartells oder gar einer Nation gehen kann.

14. Branchenmonopole und multinationale Grosskonzerne werden abgeschafft. Griffige Grosskonzern und Antikartellgesetze (von UNCTAD und Weltparlament beschlossen) sorgen für eine Aufsplitterung und Dezentralisierung der bestehenden Machtmonopole.

Service Public, Einkommen, Arbeitnehmer:

15. Keine Privatisierung von Service-Publik und Grundversorgungsleistungen: Insbesondere die Bereiche; Bildung, öffentlicher Verkehr, Post, Wasser, Strom, Gas, sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung, Datenübermittlungsnetze, Forschung, Grundmedizin, Geldwesen, Bergbau und Rohstoffschürfrechte. Diese Service-Publik-Leistungen werden als nationale Grundbedingungen eingestuft. Was sich im Interesse der Allgemeinheit besser jenseits von Gewinnorientierung leisten lässt, soll öffentlich kontrolliert, organisiert und betrieben oder eventuell unterstützt werden.

16. Nach oben national begrenzte Gewinnmaxime. Grösste Bandbreite ist das 10-Fache zwischen dem Minimallohn und dem Maximallohn. Jeder hat das Recht, eine überdurchschnittliche Entlohnung für gute Leistungen zu erhalten; was bei den Zuvielverdienenden darüber hinaus erwirtschaftet wird fließt in den Umweltschutz (Altlastsarnierungen), in den Sozialstaat, in die Förderung des Allgemeinwohls oder es senkt die Steuern bei den am wenigsten Verdienenden.

17. Ein Recht auf ein garantiertes, wenn auch spartanisches Grundeinkommen, das die minimalen Lebenskosten deckt (Nahrung, Obdach, Kleidung, Bildung und Zugang zum Gesundheitswesen, Krankenversicherung. Dies sind Grundrechte für jeden Erdenbürger in seinem Herkunftsland.

18. Die Nationen sind angehalten, in ihrer Rechtsordnung eine 50 prozentige Mitbestimmung für Arbeitnehmer in allen Mittel- und Grossbetrieben einzuführen. Auch sollen über die nationalen Gesetze den gemeinnützigen Rechts- und Organisationsformen von Betrieben (Genossenschaften, Stiftungen) wo Selbstverwaltung und Partizipation der Arbeitnehmer praktiziert wird, Steuervorzüge gewährt werden (im Gegensatz zu den autoritär geführten AG`s, GmbH`s, etc.).

27. Die Erschaffung von einer **Ethikpartei-Human-Wirtschafts-Akademie** mit nationalen Vertretungen als eine weltweite Institution für die Ausbildung von korruptionsfreien, ethischen Gebildeten welche sich durch ihren Lebensstil auszeichnen. Die Erschaffung eines solchen Bildungswesens mit dieser neuen Art von Hochschule für die beratende Funktion von korruptionsfreien, ethisch Gebildeten ist langfristig der einzige Weg, wie das Problem der finanziellen UND intellektuellen Korruption im Journalismus, in der Wissenschaft, in der Politik, in der Wirtschaft und im Welt-Währungssystem angegangen und gelöst werden kann ...

27.1. Ethische Wissenschaftler, ethische Journalisten und ethische Schriftsteller usw. werden innerhalb dieser unabhängigen Organisation vor den kapitalistischen und rüstungstechnischen Einflüssen und Sachzwängen geschützt. Mit staatlichen Geldern wird ihr ein natürlicher, bescheidener Lebensunterhalt und ihre Unterkunft zu finanziert werden. Eigene Hörsäle, Kommunikationsmittel, Bibliotheken, Laboratorien und Pressehäusern werden ihnen zur Verfügung gestellt um ihre freie Forschung, ihre unabhängige Meinungsäußerung und ihre Lehrtätigkeit zu fördern.

27.2. Dieses Bildungswesen soll international alle Bildungssysteme in den Staaten beaufsichtigen und alle Lehrer in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zur Verfügung stellen, einen obersten Erziehungsrat bilden und auch die Notenbanken und das Kreditwesen beaufsichtigen. Dieses Bildungswesen sucht in den allgemeinen Volksschulen nach den geeigneten Kandidaten für die speziellen ethischen Hochschulen, welche die entsprechenden charakterlichen und auch intellektuellen Voraussetzungen haben müssen.

(Siehe dazu den Modellcharakter der Kastalische Provinzen – näher beschrieben in Hermann Hesses Buch: Das Glasperlenspiel).

Das Bildungswesen ist der Schlüssel zu einer gerechten Welt: Wissen ist Macht - Eine gefährliche Person ist eine, die zwar Wissen hat, aber einen schlechten Charakter.

UNO, Weltparlament, Völkerrat:

28. Bildung einer demokratischen Weltgemeinschaft mit einem Zweikammersystem: Völkerrat und Nationenrat (Weltparlament; innerhalb der UNO , welches die alte UNO-Vollversammlung ablöst). In den Völkerrat sendet jeweils jede Nation, je nach Bevölkerungsstärke zwischen einem und zwanzig Abgeordneten. In den Nationenrat sendet jede Nation je zwei Vertreter. Sowohl die Mitglieder des Völkerrates, als auch diejenigen vom Nationenrat werden vom Volk des Mitgliedlandes in demokratischer Weise gewählt (Proporzwahl beim Völkerrat; Majorzwahl beim Nationenrat). Weitere Reformen, unter anderem die Abschaffung des Vetorechtes der Grossmächte und die Verlagerung von Kompetenzen vom Sicherheitsrat weg zum UNO- Weltparlament!).

29. Die Amtsdauer der vom Volk des Mitgliedlandes in demokratischer Weise gewählten Vertretern aus den Landesregierungen beträgt grundsätzlich maximal fünf Jahre, jedoch besteht die Möglichkeit, sich über ein Bonussystem "der guten Taten", zu profilieren, um vom Volk für eine weitere Periode gewählt werden zu können. Die Mehrfachbesetzung von Ämtern von denselben Personen und Familienclans (Ämterkummulation) auf Weltbehördenebene muss gesetzlich unterbunden werden.

30. Abschaffen von mit Millionen an Geldern geförderte Wahlkampagnen. Es stehen jedem Kandidaten oder Partei dieselben Mittel zur Verfügung, um klare, sachbezogene Informationen zu seiner Person und seinem politischen Programm geben zu können.

Kultur, Religion, Ethik:

31. Die im Punkt 2 erwähnte Zukunft-, Ethik- und Kulturkommission auf UNO-Ebene sorgt für ein friedliches Nebeneinander, Koexistenz und die Erhaltung des Selbstbestimmungsrechtes und der Besonderheiten der Völker und Kulturen. Diese Kulturen haben alle ein Existenzrecht, sollen respektiert werden und vor neoliberalen und globalistischem Vereinheitlichungsbestreben geschützt werden.